



Starke Volksschule St. Gallen

kontakt@starkevolksschulesg.ch

www.starkevolksschulesg.ch

Medienspiegel Kalenderwoche 21 / 2015

Tages-Anzeiger, 17.05.2015
Vom Pädagogen zum Manager

20 Minuten, 19. Mai 2015
Handy-Verbot sorgt für bessere Schulnoten

Weltwoche, 21.5.2015
Anmassung macht Schule

Tagblatt, 23.5.2015
Leserbrief von Lisa Leisi: Haben wir noch Rechte?

Achtung Veranstaltungshinweis!

Obersee Nachrichten, 21.5.15

Veranstaltung mit RR Kölliker zum Lehrplan 21

Donnerstag, 28.5.15, HSR, Gebäude 4, Rapperswil-Jona

http://v2.suedostschweiz.ch/epaper/pdf/blaettern_detail_fs.cfm?page=01_onon_01_2015-05-21

S. 17

Sind Sie schon Mitglied in unserem Verein? Anmeldung unter: info@starkevolksschulesg.ch

Unterstützen Sie unsere Bemühungen mit einem finanziellen Beitrag auf

PC-Konto 61-562879-4 (IBAN: CH 48 0900 0000 6156 2879 4)

Für unsere Kinder - besten Dank

Vom Pädagogen zum Manager

In jedem vierten Schulhaus herrscht deutliche Unzufriedenheit mit der Schulleitung. Der Lehrerverband fordert eine bessere Ausbildung.

Von Raphaela Birrer

Von draussen dringen Stimmen spielender Kinder ins Büro. Aus dem angrenzenden Lehrerzimmer sind angeregte Diskussionen zu hören. Im benachbarten Schulsekretariat klimpert die Computertastatur. Es ist grosse Pause und Peter Baumann ist mittendrin im Geschehen. Der Gesamtschulleiter der Schule Hergiswil NW führt drei Schulanlagen mit 400 Schülern und 100 Mitarbeitern – bereits seit 17 Jahren. In dieser Zeit hat sich sein Beruf komplett verändert: Der frühere Schulhausvorstand ist zum Bildungsmanager geworden.

Dass sich mit dem Schulleiter ein Berufsstand mit umfassenden Kompetenzen herausgebildet hat, sorgte in vielen Schulen für schlechte Stimmung. Besonders in der Lehrerschaft, die sich seit jeher an Selbstbestimmung gewohnt ist, stiessen die neuen Vorgesetzten auf Widerstand. Aktuelle Zahlen zeigen, dass dieser Konflikt noch immer schwelt. Gemäss der Berufszufriedenheitsstudie 2014 des Lehrerverbands ist jede vierte Lehrperson unzufrieden mit ihrer Schulleitung. Wegen der hohen Fallzahl (13 350 Befragte) geht der Verband davon aus, dass in jeder vierten Schule deutliche Unzufriedenheit herrscht. Besonders die Führungskompetenzen und das fachliche Feedback werden schlecht beurteilt.

Mangelhafte Ausbildung

Einer der Gründe für den Unmut ist gemäss Beat Zemp, Präsident des Lehrerverbands, die mangelhafte Ausbildung der Schulleiter. Als Qualifikation reicht ein 25-tägiger CAS-Weiterbildungslehrgang. «Die Arbeitssituation der Lehrpersonen und die Qualität der Schule hängen direkt davon ab, dass diese kompetent geleitet ist. Die Ausbildung muss deshalb unbedingt professioneller werden», sagt Zemp. Auch Peter Baumann, der im Schweizer Schulleiterverband das Ressort Aus- und Weiterbildung verantwortet, spricht von einer «Schnellbleiche». Weiterbildungen seien daher unerlässlich. Er geht mit Zemp einig, dass ein Masterstudium Standard sein müsste.

Eine solide Ausbildung wäre umso wichtiger, als bei den Schulleitern sämtliche Fäden des Schulalltags zusammenlaufen: Sie kennen die Sorgen der Lehrer, die Disziplin der Schüler, die Ängste der Eltern und die Ansprüche der Politik. Dabei gibt es den Beruf noch nicht lange. Erst vor 20 Jahren führten einzelne Kantone die geleitete Schule ein. In der Zwischenzeit hat sich diese Organisationsform etabliert; rund 5600 Personen sind heute als Schulleiter tätig.

Ihre Schlüsselrolle widerspiegelt sich im Selbstverständnis der Schulleiter: Früher galten sie im Lehrerkollegium als Primi inter Pares. Jetzt sehen sie sich als Patrons professionell geführter Bildungsbetriebe. «Der moderne Schulleiter ist ein Geschäftsführer, der die Schule operativ managt», sagt Baumann. Dieses Bild werde seinem Beruf aber nur bedingt gerecht, präzisiert er: Wegen politischer Vorgaben fehle ihm die unternehmerische Freiheit. Zudem übernehme er

mehr Funktionen, als es in der arbeitsteiligen Privatwirtschaft der Fall wäre. Baumanns umfangreicher Aufgabenkatalog verdeutlicht dies: Er stellt neue Lehrpersonen ein, koordiniert die Weiterbildungen, berät den Gemeinderat, erstellt das Budget, plant Schulprojekte oder interveniert bei schwierigen Elterngesprächen.

Wegen des vielseitigen Jobprofils steht der Beruf heute in vielen Kantonen auch Quereinsteigern ohne Lehrerausbildung offen. Arbeitspsychologe Theo Wehner hält diese Entwicklung für falsch. Der emeritierte ETH-Professor hat über die Etablierung der Schulleitungen in der Schweiz geforscht. Er sagt: «Eine Schule kann nicht wie ein beliebiges Unternehmen geführt werden. Sie braucht erfahrene Pädagogen, die der Besonderheit dieser komplexen Institution Rechnung tragen.» Er kritisiert das «betriebswirtschaftliche Klima», das in den letzten 20 Jahren in den Schulstuben Einzug gehalten habe. «Die ausufernde Bildungsbürokratie geht davon aus, dass standardisierte Führungskonzepte auch für die Schule gut genug seien.» Je stärker ein Schulleiter jedoch wie ein Manager auftrete, desto mehr werde er von den Lehrern als verlängerter Arm der Schulbehörden wahrgenommen. In diesem Spannungsfeld hätten die Schulleiter ihren Platz noch nicht zufriedenstellend gefunden, so Wehner.

Doppelrolle mit Tücken

Baumann kennt die Tücken dieser «Sandwichposition» zwischen politischen Instanzen und Lehrerschaft. «Die Lehrer erwarten von mir Rückendeckung. Doch als Schulleiter muss ich vermitteln – und manchmal zugunsten von Behörden oder Eltern Stellung beziehen. Damit mache ich mir nicht immer Freunde.» Bei vielen Schulleitern kommt erschwerend ihre Doppelrolle dazu: Da sie in der Regel in einem Teilpensum unterrichten, sind sie gleichzeitig Chefs und Teamkollegen. Baumann steht nicht mehr vor der Klasse – ein Ausdruck veränderter Arbeitsrealität: «Die Ansprüche an unseren Job sind gestiegen, die vielen Aufgaben lassen sich kaum noch im Nebenamt erledigen.» Immer mehr Berufskollegen entschieden sich daher für dieses Modell.

Trotz potenzieller Rollenkonflikte: Die Tendenz zum Vollzeitschulleiter beurteilt Wehner kritisch. «Wer eine Schule führt, darf den Bezug zum Alltag in den Klassenzimmern nicht verlieren. Sinnvoll ist, wenn sich zwei Schulleiter die Aufgabe teilen und daneben weiterhin unterrichten.»

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Vom-Paedagogen-zum-Manager-/story/14699482>

Hintergrundinformationen dazu:

Die heimliche Privatisierung des öffentlichen Bildungswesens

von Renate Caesar

in Zeit-Fragen, 3.2.2015

[http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=2042&no_cache=1&sword_list\[\]=renate](http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=2042&no_cache=1&sword_list[]=renate)

20 Minuten, 19. Mai 2015

Handy-Verbot sorgt für bessere Schulnoten

Kinder an Schulen mit einem Handy-Verbot schreiben klar bessere Noten. Besonders schwächere Schüler profitieren, wie britische Forscher berichten.

Verbannen Schulen das Smartphone vom Schulhof, verbessert sich die Leistung der Schüler im gleichen Masse, wie wenn sie pro Woche eine Stunde oder pro Jahr fünf Tage länger unterrichtet würden. Das haben Forscher der London School of Economics herausgefunden.

Sie haben an 91 britischen Schulen untersucht, wie sich die Regeln für Handys seit 2001 verändert haben und welche Resultate die nationalen Prüfungen lieferten, die die 130'000 involvierten Schüler mit 16 Jahren ablegten.

Schwache Schüler werden eher abgelenkt

Das Ergebnis: An Schulen, an denen das Benutzen des Handys verboten ist, waren die Noten um 6,4 Prozent besser als an jenen ohne solches Verbot. Besonders deutlich wird der Unterschied bei schwächeren Schülern: Diese erreichten an handyfreien Schulen um 14 Prozent bessere Noten.

«Die Resultate lassen vermuten, dass schwache Schüler eher von Smartphones abgelenkt werden, während besonders lernstarke Schüler sich trotz eines Handys auf den Unterricht konzentrieren können», teilten die Forscher gegenüber CNN mit.

Technologie an sich ist nicht das Problem

Das Studienergebnis müsse jedoch nicht bedeuten, dass Smartphones und andere Technologien nicht auch zum Lernen eingesetzt werden sollten. Es gebe allerdings einige Nachteile, etwa Chats auf Social-Media-Plattformen, Games und die Verlockung, Nachrichten zu schreiben, so die Forscher.

<http://www.20min.ch/panorama/news/story/Handy-Verbot-sorgt-fuer-bessere-Schulnoten-22840379>

Weltwoche, 21.5.2015

Anmassung macht Schule

Im Zweifelsfall gegen die direkte Demokratie: Im Kanton St. Gallen wurde eine Volksinitiative für unzulässig erklärt, die nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule fordert.

Von Peter Keller



Es gab eine Schweiz vor dem Frühfranzösisch. Bild: Christian Beutler (Keystone)

Wieder ein Schlag gegen die direkte Demokratie. Im Kanton St. Gallen schützt das Verwaltungsgericht die Regierung. Diese hatte eine Volksinitiative für unzulässig erklärt, welche auf Primarstufe nur noch eine Fremdsprache forderte. Begründung: Die Initiative widerspreche der Bundesverfassung und dem daraus abgeleiteten Harmonisierungsauftrag (Harmos-Konkordat), der für den Unterricht auf der Primarstufe zwei Fremdsprachen vorschreibe.

Die Richter räumten zwar ein, dass die Initiative politisch bedeutsame Anliegen aufgreife, nur habe die St. Galler Bevölkerung eben auch per Abstimmung dem Beitritt zum Harmos-Konkordat zugestimmt. Initiativen seien insbesondere dann ganz oder teilweise unzulässig, heisst es in der richterlichen Begründung weiter, wenn sie gegen höherrangiges Recht verstossen. Was in diesem Fall zutreffe: Schliesslich wolle die Initiative die Umsetzung des übergeordneten Harmos-Konkordates verhindern.

Es gibt Vergnüglicheres, als Gerichtsentscheide zu lesen. Interessant an der ganzen Debatte ist, dass die Befürworter zweier Fremdsprachen auf der Primarstufe fast kaum pädagogisch argumentieren. Ob sich der grosse Aufwand lohnt – kein Thema. Dass der strukturierte Erwerb einer Fremdsprache auf der Oberstufe mindestens so gute Resultate bringt – das wird geflissentlich übergangen. Grosse empirische Studien zeigen, dass der Grundsatz «Je früher, desto besser» beim Fremdsprachenunterricht nicht zutrifft.

Umso ausführlicher werden dafür die politischen und juristischen Dimensionen ins Feld geführt. Man beschwört den nationalen Zusammenhalt, als ob es die Schweiz vor dem Frühfranzösisch nicht gegeben hätte. Mindestens so eindringlich wird auf den Harmonisierungsauftrag verwiesen, der im Bildungsartikel der Bundesverfassung formuliert sei. Dass dort gleichzeitig die kantonale Hoheit in Bildungsfragen gewährleistet wird, blenden die Harmonisierungsturbos aus. Nochmals: In der Schule geht es um Kinder – und nicht um juristische Spitzfindigkeiten, die nur dazu dienen, pädagogisch begründete Kritik und demokratisch zustandegekommene Initiativen abzublocken.

Am Ende steht die Monokultur

Harmonisierung an sich ist gar nicht wünschenswert. Am Ende der Harmonisierung droht die Monokultur. Man kann nicht am Sonntag die «Vielfalt der Schweiz» besingen und werktags gegen diese vorgehen, nur weil Vielfalt eben auch zu Widerspruch führt. Wenn der Kanton Uri, als Nachbar des Tessins, sich für Frühitalienisch entscheidet, würde er auch übergeordnetes Recht (Harmonisierungsauftrag der Verfassung) verletzen – aber gleichzeitig ein schönes Zeichen setzen für die mehrsprachige Schweiz.

Ganz zu Beginn, im ersten Artikel der Bundesverfassung, wird unser Staatsgebilde näher definiert: «Das Schweizervolk und die Kantone Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden, Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura bilden die Schweizerische Eidgenossenschaft.» Mit anderen Worten: Der Souverän in der Schweiz ist zusammengesetzt aus den Bürgerinnen und Bürgern (Schweizervolk) und den 26 Kantonen (Ständen). Von Regierungskonferenzen, die irgendwelche Konkordate auskugeln, ist keine Rede. Hier masst man sich eine Rolle an, die den direktdemokratischen Grundsätzen der Schweizerischen Eidgenossenschaft widerspricht – dass sich die Gerichte im Zweifelsfall gegen den Souverän stellen, ist leider auch kein Einzelfall.

<http://www.weltwoche.ch/weiche/hinweisgesperrt.html?hidID=554072>

Leserbrief von Lisa Leisi

zum abschlägigen Entscheid des Verwaltungsgerichts, Artikel im Tagblatt unter der Rubrik Ostschweiz vom Freitag, 8. Mai 2015 erschienen.

Haben wir noch Rechte?

Scheinbar hat das Volk mit der Zustimmung zur Bundesverfassungsänderung im Jahr 2006 sowie dem Beitritt zum Harnos-Konkordat jegliche Mitbestimmungsrechte aus der Hand gegeben, wenn es um die Bildung geht. Jedenfalls wird diese Beurteilung der Regierung nun ebenso vom Verwaltungsgericht gestützt. Hätten wohl die Abstimmungsergebnisse gleich ausgesehen, wenn dem Volk alle Konsequenzen bewusst gewesen wären? Unter anderem zwei Fremdsprachen in der Primarschule gehören damit zwingend dazu, obwohl gerade da die Harmonisierung gar nicht spielt, weil verschiedene Fremdsprachen verschieden früh unterrichtet werden in den Deutschschweizer Kantonen. Weiterhin nicht akzeptierbar ist die seit Jahren stattfindende klammheimliche Umkremplung vom Unterrichtsverständnis und damit, wie Kinder lernen und Lehrer unterrichten müssen (individuell, konstruktivistisch, mit Wochenplänen etc.), wie Klassen zusammengesetzt werden, was und wie alles übergeordnet an Themen mitbehandelt werden muss. Das Volk hat unter der Harmonisierung der Schulziele kaum so eine Revolution verstanden, sondern lediglich eine Angleichung der Wissensziele in den einzelnen Fächern und Schuljahren. Kinder, Eltern und Lehrer sind allem gleichermaßen ausgeliefert. Hinzu kommt eine überhand nehmende Bürokratie zur Überwachung von Schülern wie Lehrern sowie Mehrkosten bei abnehmenden Leistungen. Selbst die Privatschulen sollen ebenso bevormundet werden, womit der Gesellschaft jegliche Möglichkeit genommen wird, verschiedene Schulen, Unterrichtsverständnisse, Schwerpunkte und Ergebnisse in Zukunft noch zu vergleichen, denn es wird sie kaum noch geben. Der nicht nur in der Schweiz vorangetriebene totalitär eingeführte Schulversuch – genannt Lehrplan 21 – ist flächendeckend. Es scheint nur einen Weg zu geben: die entsprechenden Volksabstimmungen der vergangenen Jahre dem Volk nochmals zur Abstimmung zu bringen und möglichst rückgängig zu machen.

Volksschul-Initiative ist ungültig
Ausgabe vom 8. Mai 2015

Hat das Volk noch Rechte?

Scheinbar hat das Volk mit der Zustimmung zur Bundesverfassungsänderung im Jahr 2006 sowie dem Beitritt zum Harnos-Konkordat jegliche Mitbestimmungsrechte aus der Hand gegeben, wenn es um die Bildung geht. Jedenfalls wird diese Beurteilung der Regierung nun ebenso vom Verwaltungsgericht gestützt. Hätten wohl die Abstimmungsergebnisse gleich ausgesehen, wenn dem Volk alle

Konsequenzen bewusst gewesen wären? Unter anderem zwei Fremdsprachen in der Primarschule gehören damit zwingend dazu, obwohl gerade da die Harmonisierung gar nicht spielt, weil verschiedene Fremdsprachen verschieden früh unterrichtet werden in den Deutschschweizer Kantonen. Weiterhin nicht akzeptierbar ist die klammheimliche Umkremplung des Unterrichtsverständnisses und der Vorgaben, wie Kinder lernen und Lehrer unterrichten müssen (individuell, konstruktivistisch, mit Wochenplänen et cetera), wie Klassen

zusammengesetzt werden und so weiter. Das Volk hat unter der Harmonisierung der Schulziele kaum so eine Revolution verstanden, sondern lediglich eine Angleichung der Wissensziele in den einzelnen Fächern und Schuljahren. Kinder, Eltern und Lehrer sind allem gleichermaßen ausgeliefert. Hinzu kommen eine überhandnehmende Bürokratie zur Überwachung von Schülern wie Lehrern sowie Mehrkosten bei abnehmenden Leistungen. Selbst die Privatschulen sollen ebenso bevormundet werden, womit der Gesellschaft jegliche Mög-

lichkeit genommen wird, verschiedene Schulen, Unterrichtsverständnisse, Schwerpunkte und Ergebnisse in Zukunft noch zu vergleichen, denn es wird sie kaum noch geben. Der nicht nur in der Schweiz vorangetriebene totalitär eingeführte Schulversuch – genannt Lehrplan 21 – ist flächendeckend. Es scheint nur einen Weg zu geben, die entsprechenden Volksabstimmungen der vergangenen Jahre dem Volk nochmals zur Abstimmung zu bringen und möglichst rückgängig zu machen.

Lisa Leisi
Michelastr. 29, 9615 Dietfurt



Widmer: «Vater der Rotfarb».

UZNACH

Franz Widmer ist verstorben

Nach kurzer schwerer Krankheit verstarb vergangenen Samstagmorgen Franz Widmer, seit 1981 Gemeindevorstand und Uznacher Gemeindevorstand. Widmer wurde im vergangenen März 65 Jahre alt, stimmte aber zu, bis nach der Fusionsabstimmung von Uznach/Schmerikon noch im Amt zu bleiben.

Verschiedene Funktionen

In der Gemeinde war Widmer ausserdem Bausekretär und lange Zeit Präsident der Vormundschaftsbehörde. Auch zum kulturellen Leben leistete er als Hauptinitiant, Realisator und Präsident des Kulturtreffs Rotfarb einen wichtigen Beitrag – weshalb man ihn auch «Vater der Rotfarb» nannte. In zahlreichen Nachrufen wird die tiefe Betroffenheit weit über die Gemeindegrenzen hinaus deutlich. Der Trauergottesdienst findet morgen Freitag um 14.30 Uhr in der Stadtkirche Uznach statt. (on)

INFO-ABEND ZUM LEHRPLAN 21 MIT REGIERUNGSRAT STEFAN KÖLLIKER

Diskussion um die Zukunft der Schule

Die anstehende Einführung des Lehrplans 21 wirft hohe Wellen und viele Bürger sind verunsichert. Heute in einer Woche stellt sich der St. Galler Bildungsdirektor Stefan Kölliker den Fragen der Bevölkerung.



Stellt sich am 28. Mai in Rapperswil-Jona den Fragen und der Kritik zum Lehrplan 21: Bildungsdirektor Stefan Kölliker.

Auf das Schuljahr 2016/17 hin soll im Kanton St. Gallen der Lehrplan 21 eingeführt werden. Dies gefällt nicht allen. Wie in anderen Kantonen auch, ist die Opposition gegen den neuen Lehrplan stark und die Vorbehalte sind gross. Im Kanton St. Gallen stellt sich vor allem der Verein «Starke Volksschule für den Kanton St. Gallen» gegen die Einführung. Auch für den Austritt des Kantons aus dem Bildungskonkordat HarmoS hat der Verein bereits erfolgreich Unterschriften gesammelt. In kürzester Zeit kamen über 7000 Unterschriften zustande und die St. Galler können deshalb über einen Verbleib im Konkordat abstimmen.

«Viele Missverständnisse»

«Viele Argumente gegen den Lehrplan 21 beruhen auf Missverständnissen», sagt Bildungsdirektor Stefan Kölliker gegenüber den Obersee Nachrichten. Der Regierungsrat nennt ein Beispiel: «Vor allem die Aneignung der sogenannten Lernkompetenzen wird immer wieder kritisiert.» Die Kritiker des Lehrplans 21 würden argumentieren, dass das Fachwissen nicht mehr gefragt sei. «Das

stimmt natürlich nicht – für Kompetenzen dient das Fachwissen ja als Basis», erklärt Kölliker. Der Bildungsdirektor stört sich aber noch an etwas ganz anderem: «Der Lehrplan 21 wird zwar heftig kritisiert, die Gegner haben aber noch nicht einmal gesagt, welche Alternative sie denn vorschlagen.»

Ausserdem betont Kölliker, dass der Lehrplan 21 keineswegs eine verein-

heitlichte Lösung sei, die den Kantonen keinen Spielraum lasse: «Wir setzen unseren neuen St. Galler Lehrplan um – der Lehrplan 21 dient den Kantonen nur als gemeinsames Fundament für eine individuelle Lösung.»

Auch die Kosten hebt Kölliker hervor: «Für einen eigenen Lehrplan, der vom Kanton von Grund auf erarbeitet wird, fallen Kosten von zwei bis drei

Millionen Franken an.» Die für St. Gallen nötigen Anpassungen des Lehrplans 21 kosten gerade einmal 500 000 Franken.

«Starke Volksschule»

Ganz anders beurteilt man die Lage beim Verein «Starke Volksschule» für den Kanton St. Gallen. Vereinsmitglied Josef Zahner äussert sich dezidiert zum neuen Lehrplan: «Die Aussagen der Regierung zu diesem Vorhaben sind reine Rhetorik. Die genannten Fakten stimmen so einfach nicht.» Zudem meint Zahner: «Immer mehr junge Erwachsene können nicht mehr richtig Rechnen und Deutsch, und es gibt immer mehr Jugendliche, die scheitern.» Die Reaktion auf diese Entwicklung ist für Zahner klar: «Es braucht eine offene und kritische Diskussion.» Deshalb sieht Zahner gerade in der anstehenden Veranstaltung auch das Gute: «Ich schätze es sehr, dass sich Regierungsrat Kölliker in Rapperswil-Jona den Fragen und der Kritik der Bevölkerung stellt.»

Durch den spannenden Abend an der HSR führt Regula Späni. Der Anlass ist gedacht für Eltern, Lehrkräfte und alle am Schweizer Bildungssystem Interessierten.

Philipp Fanchini

**«Fakten zum Lehrplan 21»,
Info-Veranstaltung mit Bildungsdirektor Stefan Kölliker:
Donnerstag, 28. Mai, 20 Uhr,
HSR, Gebäude 4, Rapperswil-Jona**

Obersee Nachrichten, 21.5.15

**Veranstaltung mit RR Kölliker zum Lehrplan 21
Donnerstag, 28.5.15, HSR, Gebäude 4, Rapperswil-Jona**

http://v2.suedostschweiz.ch/epaper/pdf/blaettern_detail_fs.cfm?page=01_onon_01_2015-05-21

S. 17